



Projektbericht

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Datenlage zur Pandemie – Bereich Wirtschaft/Arbeit

**Fachgespräch des Parlamentarischen
Begleitgremiums Covid-19-Pandemie**

Am 16. November 2021

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE
**NEUDRUCK
STELLUNGNAHME
17/4522**
A01/1



Impressum

Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany

Postanschrift:

Postfach 10 30 54 | 45030 Essen, Germany

Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)

Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 2021

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Projektbericht

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Gestaltung: Daniela Schwindt, Magdalena Franke, Claudia Lohkamp

Datenlage zur Pandemie – Bereich Wirtschaft/Arbeit

Fachgespräch des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie

Am 16. November 2021

Projektteam

Prof. Dr. Ronald Bachmann, Friederike Hertweck, Niklas Isaak,
Dr. Robin Jessen, Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt (Projektleitung),
Prof. Dr. Torsten Schmidt und Eduard Storm

Projektbericht

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Datenlage zur Pandemie – Bereich Wirtschaft/Arbeit

**Fachgespräch des Parlamentarischen
Begleitgremiums Covid-19-Pandemie**

Am 16. November 2021

Inhaltsverzeichnis

1.	Folgen der Pandemie für die Unternehmen und Verbraucher	5
2.	Wirtschaftspolitische Maßnahmen für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger	6
3.	Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Pandemie.....	6
4.	Wie hat die Pandemie die wirtschaftliche Lage bzw. Arbeitsmöglichkeit der Studierenden geändert?	8
5.	Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungssituation	8
6.	Entwicklung der Insolvenzen	9
7.	Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik	10
8.	Digitalisierung des Arbeitsmarktes	11
	Literatur	11

1. Folgen der Pandemie für die Unternehmen und Verbraucher

(Fragen 11, 6)

Im Zuge der Corona-Pandemie ist die Produktion in Deutschland kräftig zurückgegangen. In Deutschland lag die Produktion im vergangenen Jahr um 4,9% niedriger als im Jahr zuvor, in Nordrhein-Westfalen war der Rückgang mit 4,4% allerdings etwas geringer. Dabei waren die Wirtschaftszweige von der Pandemie in sehr unterschiedlichem Maße betroffen.

Die Industrie, die sich bereits vor der Corona-Krise in einer wirtschaftlichen Schwächephase befand, wurde von der international rückläufigen Nachfrage getroffen, da in vielen Ländern fast gleichzeitig Infektionsschutzmaßnahmen ergriffen wurden. Dabei wurden die Lieferketten erheblich gestört oder ganz unterbrochen. In der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres hat sich die Industrieproduktion dann zunächst relativ schnell erholt, da vor allem die großen Volkswirtschaften außerhalb Europas (USA und China) sich ihrerseits rasch von dem Produktionseinbruch erholten und die Nachfrage auch nach deutschen Produkten kräftig ausweiteten.

Die starke weltweite Erholung insbesondere in der Industrie führte zu zusätzlichen Belastungen der noch immer gestörten Lieferketten. Dies wurde im Verlauf dieses Frühjahrs zunehmend spürbar, da die Nachfrage die Produktionsmöglichkeiten bei weitem übertraf. Ein wichtiger Grund dafür ist ein Mangel an Rohstoffen und Vorprodukten, der die Produktion seit dem Frühjahr zunehmend behindert und auch die Preise inzwischen kräftig steigen lässt. Diese Engpässe halten nach wie vor an und verzögern die vollständige Erholung vom Produktionseinbruch des vergangenen Jahres.

Die Dienstleistungsbereiche, insbesondere die kontaktintensiven Dienstleistungen, sind seit dem ersten Shutdown im Frühjahr 2020 massiv in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. In anderen Dienstleistungsbereichen gab es im vergangenen Jahr zunächst Lockerungen, die dann im Winter 2020/21 allerdings wieder eingeschränkt werden mussten. Erst mit den Impffortschritten im Verlauf dieses Jahres konnten die Infektionsschutzmaßnahmen deutlich zurückgenommen werden. Allerdings bestehen auch derzeit noch Beschränkungen, die eine vollständige Erholung der Geschäftstätigkeit behindern.

Durch die Infektionsschutzmaßnahmen, die insbesondere den stationären Einzelhandel sowie Dienstleistungen aus dem Bereichen Hotellerie und Gaststätten, Frisöre u.ä. betroffen haben, ist die Struktur des privaten Konsums beeinflusst worden. So konnten viele Dienstleistungen, wie Übernachtungen und Urlaubsreisen über längere Zeit nicht nachgefragt werden. Durch die Geschäftsschließungen in den Innenstädten ist auch in diesen Bereichen die Nachfrage ausgeblieben. Dagegen ist während der Pandemie der Online-Handel kräftig ausgeweitet worden, so dass die Einzelhandelsumsätze insgesamt während der Pandemie gestiegen sind.

Besonders stark ist die Nachfrage nach Produkten gestiegen, mit denen die Haushalte auf die veränderte Situation reagiert haben. So wurde z.B. die Nachfrage nach Fahrrädern kräftig ausgeweitet, da die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel weniger attraktiv war. Auch Laptops und andere Geräte, die für das mobile Arbeiten, insbesondere den Rückzug ins Homeoffice notwendig sind, wurden verstärkt nachgefragt. Zudem stieg die Nachfrage nach Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen sowie nach Heimwerkerbedarf, da vielen Bürger nun deutlich mehr Zeit zu Hause verbracht haben.

Insgesamt haben die privaten Haushalte ihren Konsum während der Corona-Pandemie eingeschränkt. Dabei ist die Sparquote kräftig gestiegen. Nach Schätzung der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2021) sind die Ersparnisse der privaten Haushalte um 200 Mrd. Euro höher, als ohne die Einschränkungen durch die Pandemie zu erwarten gewesen wäre. Dies ist vor allem

darauf zurückzuführen, dass die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2020 aufgrund automatischer Stabilisatoren und Politikmaßnahmen deutlich weniger zurückgegangen sind als die Wirtschaftsleistung. Zu diesen automatischen Stabilisatoren zählen insbesondere die progressive Einkommensteuer und das Kurzarbeitergeld sowie in geringerem Maße Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II (ALG II). Zudem hat die Politik eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht (für eine Übersicht siehe Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020 sowie 2021), um dem Konjunktur einbruch entgegenzuwirken und die Einkommen über die automatischen Stabilisatoren hinaus zu stützen.

2. Wirtschaftspolitische Maßnahmen für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger

(Fragen 4, 1)

Die im Jahr 2020 verabschiedeten Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise führten zu gesamtstaatlichen Mehrausgaben von rund 125 Mrd. Euro im gleichen Jahr (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2020, Kapitel 2, Tabelle 2.9) und rund 172 Mrd. Euro im Jahr 2021 (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2021, Kapitel 2, Tabelle 2.7). Von diesen Mehrausgaben hat ein signifikanter Teil unmittelbar die Einkommen der Haushalte (etwa Bonuszahlungen an Haushalte mit Kindern und Grundsicherungsempfänger, Bonuszahlungen an Pflegekräfte, Ausweitung der Kurzarbeit, Verlängerung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld) oder der Unternehmen (Soforthilfen, November- und Dezemberhilfen, diverse Förderungsprogramme) gestützt oder die Verbraucherpreise (temporäre Mehrwertsteuersenkungen, Senkung der EEG-Umlage) gesenkt.

In der Summe sind die Einkommen der Haushalte durch automatische Stabilisatoren und Politikmaßnahmen gestützt worden. Vor diesem Hintergrund dürfte die Verschuldung der privaten Haushalte insgesamt nicht stark angestiegen sein. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede. Insbesondere Haushalte, die längere Zeit von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen waren, mussten spürbare Einkommenseinbußen hinnehmen. Zusätzlich stellen steigende Verbraucherpreise eine Belastung für viele private Haushalte dar. Nach einer Umfrage von Boniversum und Creditreform (2021) fürchtet jeder dritte befragte Haushalt, in den kommenden zwölf Monaten Verbindlichkeiten nicht bezahlen zu können. Hier wurden vor allem Kosten für Elektrizität und Heizung genannt, also Bereiche, in denen die Preise in den vergangenen Monaten stark gestiegen sind.

Die Liquidität der Unternehmen wurde über die genannten Hilfsmaßnahmen hinaus durch Kredite gesichert, insbesondere durch die KfW-Sondermaßnahme „Corona-Hilfe für Unternehmen“ mit einem zugesagten Kreditvolumen von gut 54 Mrd. Euro (Stand 28.10.2021). Dennoch mussten viele Unternehmen Umsatzeinbußen hinnehmen. Zudem behindern derzeit Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten die Erholung der Unternehmen. So steigt nach Angaben von Boniversum und Creditreform (2021) der Zahlungsverzug zwischen Unternehmen wieder an. Mit einem durchschnittlichen Zahlungsverzug von 10,2 Tagen liegt der Wert allerdings noch unter dem vor der Corona-Krise. Insgesamt dürfte sich die finanzielle Lage vieler Unternehmen in den vergangenen Monaten etwas verschlechtert haben.

3. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Pandemie

(Fragen 13, 5, 6, 16)

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, insbesondere die Lockerung der Regelungen zum Kurzarbeitergeld, haben die negativen Folgen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt deutlich gemildert. Dennoch war im zweiten Quartal 2020 ein rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu

verzeichnen, der sich zum größten Teil auf Shutdown-Maßnahmen zum Gesundheitsschutz zurückführen lässt (Bauer und Weber 2021). Den Höhepunkt erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit saisonbereinigt fast drei Millionen im Juni 2020 (Arbeitslosenquote 6,4%). Seitdem nahm die Arbeitslosigkeit nur langsam, aber durchaus stetig ab, wobei sie aktuell noch deutlich über dem Vorkrisenniveau liegt (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2021, Kapitel 2, Abbildung 2.16).

Insgesamt lassen sich zwei Phasen in der Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit unterscheiden: Ein heftiger Anstieg von April bis Ende Juni 2020 und anschließend eine allmähliche, aber stetige Erholung. Der Grund dafür, dass keine deutlichen Wellenbewegungen wie beim Infektionsgeschehen und folglich bei vielen anderen wirtschaftlichen Indikatoren zu sehen sind, ist der massive Einsatz von Kurzarbeit. Dadurch konnte verhindert werden, dass die deutlichen Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität ungedämpft auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Dies bewirkte zum einen, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit mit Ausbruch der Pandemie in Deutschland geringer ausfiel als in vergleichbaren Ländern, zum anderen dürfte aber auch der Rückgang der Arbeitslosenzahlen nun langsamer verlaufen, da zunächst die Kurzarbeit zurückgefahren wird, bevor Neueinstellungen vorgenommen werden. Durch dieses Vorgehen wurde vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stabilisiert. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Selbstständige waren hingegen stark von den Einschränkungen betroffen.

Erste Forschungsarbeiten geben Aufschluss darüber, wie sich die Corona-Krise auf verschiedene Bevölkerungsgruppen in Deutschland ausgewirkt hat. Im Jahr 2020 waren insbesondere Selbstständige und geringfügig Beschäftigte von Einkommenseinbußen betroffen (Immel et al. 2021). Eine weitere Studie (Christl et al. 2021) kommt zu dem Schluss, dass die Markteinkommen von Haushalten mit geringem Einkommen im Zuge der Corona-Krise besonders stark zurückgingen. Es zeigt sich, dass Einkommenseinbußen zu gut 80% durch den Sozialstaat im weiteren Sinn ausgeglichen wurden (ebd.). Die wichtigste Rolle kommt dabei dem Kurzarbeitergeld zu, welches den größten Anteil des Rückgangs des Markteinkommens ausgleicht, insbesondere bei Haushalten mit geringem Einkommen. Wichtig sind auch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, Arbeitslosengeld (hier allerdings eher für Haushalte in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung) sowie andere Transfers und diskretionäre Maßnahmen wie Sonderzahlungen an Haushalte mit Kindern.

Die Pandemie hat einige Veränderungen im Bereich der Arbeit hervorgerufen, die auch langfristig anhalten könnten. So könnten etwa nicht notwendige Dienstreisen weiterhin durch digitale Formate ersetzt werden oder die Entkopplung von Wohn- und Arbeitsort in vielen Fällen fortbestehen. Zudem deuten sich weitere Veränderungen an. Beispielsweise hat die Krise zu Entlassungen in der Gastronomie geführt und die Betroffenen konnten zu weiten Teilen Jobs in anderen Branchen mit besseren Arbeitszeiten finden. Mittlerweile scheint es für eine Vielzahl von Gastronomiebetrieben schwierig zu sein, die Stellen neu zu besetzen.

Die langfristigen Arbeitsmarkttrends sind allerdings hauptsächlich von Faktoren geprägt, die unabhängig von den Pandemiefolgen sind. Hier ist der demografische Wandel hervorzuheben, der innerhalb der nächsten Jahre dafür sorgen wird, dass die Zahl der Erwerbspersonen und somit das gesamte Arbeitsvolumen rückläufig sind (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2021, Kapitel 3, Abbildung 3.2). Damit erhöht sich der Druck auf das Sozialversicherungssystem, und gleichzeitig ist durch das schwächere Potenzialwachstum davon auszugehen, dass die Situation am Arbeitsmarkt mittelfristig nicht an das außerordentlich gute Vorkrisenniveau anknüpfen kann.

4. Wie hat die Pandemie die wirtschaftliche Lage bzw. Arbeitsmöglichkeit der Studierenden geändert?

(Frage 7)

Die wirtschaftliche Lage von Studierenden hängt im Wesentlichen von drei verschiedenen Faktoren ab: der finanziellen Lage des Elternhauses, der eigenen Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Studiums sowie von staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten.

In mehreren Studien zur Lage der Studierenden während der Corona-Pandemie wurde auf die finanzielle Lage eingegangen. So haben 31 % aller im Rahmen der Studie „Studieren in Zeiten der Corona-Pandemie“ befragten Studierenden angegeben, dass sich die finanzielle Lage ihrer Eltern während der Pandemie verschlechtert hat. Hier scheint es keine Unterschiede nach sozialer Lage der Eltern zu geben (Becker und Lörz 2020).

Da viele Studierende ihren Lebensunterhalt über Nebenjobs finanzieren (s. z.B. Middendorff et al. 2017), ist es naheliegend, dass auch Studierende Einbußen bei ihren eigenen Einkünften in Folge der Corona-Pandemie erleben. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten der Stu.diCO-Studie geben an, dass die Corona-Pandemie für sie finanzielle Einbußen mit sich gebracht hat. Insbesondere internationale Studierende (d.h. Studierende mit einer nicht in Deutschland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung) berichten von einer verschlechterten Erwerbssituation (Becker und Lörz 2020).

Hauptgrund ist hier der Wegfall des Nebenjobs, aber auch die unbezahlte Freistellung sowie die Reduzierung der Arbeitszeit (Becker und Lörz 2020; Traus et al. 2020). Auch von den Studierenden, die vor der Corona-Pandemie zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes erwerbstätig waren, gaben 22% an, dass sie durch die Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, wohingegen nur 11% der Studierenden, die anderweitig ihr Studium finanzierten, finanzielle Schwierigkeiten angeben. Zahlreiche Studierende sind in Folge dieser Entwicklung wieder bei ihren Eltern eingezogen, um die Lebenshaltungs- bzw. Wohnkosten zu minimieren (Becker und Lörz 2020).

Die Politik reagiert mit den sogenannten Überbrückungshilfen, mit der zeitweisen Zinsfreistellung der KfW-Studienkredite, mit der Anpassung des BAföG sowie mit vereinzelt Nothilfeprogrammen einzelner Länder oder Hochschulen (Heublein et al. 2021). Die Studierendenwerke verzeichnen seit Pandemiebeginn steigende BAföG-Antragszahlen. Die BAföG-Ämter der Studierendenwerke in NRW verzeichnen ein Plus von knapp 10% bei Erst- und fast 75% bei Wiederholungsanträgen. Im Vergleich zum Jahr 2020 bearbeiten sie aktuell über 40% mehr Anträge (Studierendenwerke NRW 2021).

Anträge auf Überbrückungshilfe wurden überwiegend von Studierenden aus Nicht-Akademikerfamilien gestellt, welche ihr Studium über Nebenjobs finanzieren. In NRW zahlten die Studierendenwerke von Ende Juni 2020 bis Ende Juli 2021 rund 38,5 Millionen Euro an 48.000 Studierende aus. Somit haben knapp 8% der Studierenden in NRW Überbrückungshilfen erhalten. Dabei mussten die Studierenden ihre Notlage nachweisen. Knapp 45% der Antragstellenden gaben an, dass sie ihr Angestelltenverhältnis beenden oder unterbrechen mussten. Etwa 30% erhielten keine familiäre Unterstützung zur Finanzierung ihres Studiums mehr (Studierendenwerke NRW 2021).

5. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungssituation

(Frage 8)

Der deutsche Ausbildungsmarkt hat sich nach dem scharfen Einbruch im Jahr 2020 zwar mittlerweile ein wenig erholt. So war nach den Angaben des DIHK (2021) bis Ende September 2021 ein Anstieg der Ausbildungsverträge von knapp 2% zu verzeichnen. Da die Anzahl der Verträge im

Jahr 2020 im Vorjahresvergleich deutlich stärker gefallen war, ist auch der Ausbildungsmarkt von einer Normalisierung noch weit entfernt.

In NRW war im Jahr 2020 der Einbruch der Anzahl der Ausbildungsverträge mit 12,7% sogar noch gravierender ausgefallen als im Bundesvergleich (Sieglén, Roth und Carl 2021). Unter anderem ist diese Entwicklung darauf zurückzuführen, dass die Pandemie und insbesondere der Shutdown es erschwerten, Ausbildungsstellen zu besetzen. Bundesweit traf dies laut eigener Angabe 35% der Betriebe; weitere 20 % gaben die geplante Besetzung von Ausbildungsplätzen auf. In NRW war nicht zuletzt die Anzahl der bei der BA gemeldeten Ausbildungsbewerberinnen und Ausbildungsbewerber um knapp 10% zurückgegangen. Somit blieben viele Ausbildungsplätze unbesetzt; dieses Problem betraf insbesondere kleine Unternehmen (Leber und Schwengler 2021). Hinzu trat ein Rückgang des Angebots: Im Vorjahresvergleich war in NRW ein Rückgang der gemeldeten Berufsausbildungsstellen von knapp 8 % zu verzeichnen.

Zwar gab es auch schon vor Corona den Trend weg von betrieblichen hin zu höheren Bildungsabschlüssen, jedoch hat die Pandemie das Problem der unbesetzten Ausbildungsstellen verstärkt (BIBB 2021). So wäre laut Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsstellen in NRW ohne Corona um knapp 2,7 % höher ausgefallen, verglichen mit einem bundesweit geschätzten „Corona-Effekt“ von 1,9% (Sieglén, Roth und Carl 2021). Gleichzeitig fällt der Beitrag der Pandemie im Hinblick auf die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber etwas kleiner aus: Ohne die Corona-Pandemie wäre die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber dem IAB zufolge um vergleichsweise moderate 0,8 % höher gewesen.

6. Entwicklung der Insolvenzen

(Frage 2)

Auf das Insolvenzgeschehen hat sich der starke Einbruch der Wirtschaftsaktivität bisher kaum ausgewirkt. Vielmehr wird das Insolvenzgeschehen auch derzeit noch wesentlich von den staatlichen Hilfsmaßnahmen bestimmt. Zwar lief die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht Ende April dieses Jahres aus. Die Finanzhilfen an die Unternehmen laufen aber zum Teil weiterhin, so dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen immer noch sehr niedrig ist (Creditreform 2021). Mit dem Auslaufen der Hilfsmaßnahmen ist mit einer Normalisierung des Insolvenzgeschehens zu rechnen. Es spricht allerdings derzeit wenig dafür, dass mit einem Anstieg der Insolvenzen wie in früheren Rezessionen zu rechnen ist. Vielmehr dürften die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie auf den Kapitalstock und damit das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial relativ gering ausfallen.

Die Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft in Deutschland, die von der Deutschen Bundesbank durchgeführt wird, deuten ebenfalls nicht auf eine besorgniserregende Finanzlage der Unternehmen hin. Zwar haben alle befragten Banken ihre Vergaberichtlinien für Unternehmenskredite im dritten Quartal 2021 leicht verschärft. Grund dafür war die Erwartung eines höheren Kreditrisikos. Die Kreditnachfrage blieb aber deutlich hinter den Erwartungen der Banken zurück. Für das vierte Quartal 2021 gehen die Banken davon aus, dass die Vergabestandards wieder etwas gelockert werden.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war im vergangenen Jahr sehr niedrig, sie ist inzwischen aber deutlich gestiegen (Tabelle 1). Hierbei dürfte aber eine Rolle spielen, dass ein reformiertes Verbraucherinsolvenzrecht zum 1. Oktober des vergangenen Jahres in Kraft getreten ist und daher einige Insolvenzen erst nach diesem Stichtag angezeigt wurden (Creditreform 2021). Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft in Deutschland deuten nicht auf eine deutliche Verschlechterung der Bonität der privaten Haushalte hin. So wurden die Kreditvergabestandards für

Konsumentenkredite im dritten Quartal gelockert und auch für das vierte Quartal zeichnet sich eine weitere Lockerung ab.

Tabelle 1
Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen		sonstige Insolvenzen	
2012	150.810	- 5,5 %	28.720	- 4,6 %	98.050	- 5,0 %	24.040	- 8,3 %
2013	141.590	- 6,1 %	26.120	- 9,1 %	91.360	- 6,8 %	24.110	+ 0,3 %
2014	135.020	- 4,6 %	24.030	- 8,0 %	86.460	- 5,4 %	24.530	+ 1,7 %
2015	127.570	- 5,5 %	23.180	- 3,5 %	80.220	- 7,2 %	24.170	- 1,5 %
2016	122.590	- 3,9 %	21.560	- 7,0 %	77.260	- 3,7 %	23.770	- 1,7 %
2017	115.710	- 5,6 %	20.140	- 6,6 %	71.960	- 6,9 %	23.610	- 0,7 %
2018	109.930	- 5,0 %	19.410	- 3,6 %	67.740	- 5,9 %	22.780	- 3,5 %
2019	104.360	- 5,1 %	18.830	- 3,0 %	62.810	- 7,3 %	22.720	- 0,3 %
2020 Hj.	47.970	- 10,6 %	8.950	- 7,6 %	28.240	- 14,2 %	10.780	- 2,6 %
2020	76.730	- 26,5 %	16.040	- 14,8 %	42.300	- 32,7 %	18.390	- 19,1 %
2021 Hj. *)	65.700	+ 37,0 %	8.800	- 1,7 %	46.000	+ 62,9 %	10.900	+ 1,1 %

*) von Creditreform geschätzt

Quelle: Creditreform (2021).

7. Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik

(Fragen 15, 14, 16)

Die arbeitsmarktpolitische Strategie auf Landesebene verfolgt insbesondere das Ziel, die Bereiche Digitalisierung („Initiative Wirtschaft & Arbeit 4.0“), Partizipation (Inklusion, Integration, Wiedereinstieg) und Ausbildung zu stärken. Es liegt nahe, künftige Reformen der Strategie und der eingesetzten Maßnahmen danach auszurichten, welche Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sich in der Corona-Krise als besonders vulnerabel herausgestellt haben. So haben die ausschließlich geringfügig Beschäftigten in der Pandemie nicht nur überproportional häufig ihre Arbeitsplätze verloren, sondern stehen zusätzlich auch vor dem Problem, dass sie oft nicht in die Sozialversicherungen eingezahlt und deshalb keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung erworben haben (Grabka et al. 2020). Bei der Ausgestaltung der sogenannten Minijobs könnte also Reformbedarf bestehen, insbesondere im Hinblick auf die Sozialversicherungsbeiträge.

Einem ähnlichen Problem standen in den Phasen der Shutdowns die Selbstständigen gegenüber. Vor allem Soloselbstständige in der Veranstaltungsbranche oder im körpernahen Dienstleistungssektor waren in der Ausübung ihres Berufs zum Teil sehr stark eingeschränkt, ohne dass dies vor der Krise vorhersehbar gewesen wäre und erlebten diese Phase ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld (Bertschek und Erdsiek 2020). Staatliche Maßnahmen wie Soforthilfen und der vereinfachte Zugang zu ALG II haben sich in vielen Fällen als unzureichend herausgestellt. Mögliche Reformen könnten also auch hier ansetzen und (beispielsweise angelehnt an das Kurzarbeitergeld) Selbstständigkeit im Krisenfall effizienter unterstützen.

Darüber hinaus besteht Reformbedarf beim Arbeitsrecht. Die Sondersituation der Pandemie hat in einigen Bereichen des (Arbeits-)Lebens Fakten geschaffen, für die ein solider rechtlicher Rah-

men noch fehlt. Beispielsweise sind Homeoffice und digitale Prozesse inzwischen viel stärker verbreitet, als dies vor der Corona-Krise für möglich gehalten wurde. Dieser Entwicklung könnte mit neuen Regelungen wie einem gesetzlich verankerten Recht auf Homeoffice, das etwa der DGB fordert, genüge getan werden. In anderen Fällen ist das geltende Recht nicht immer auf diese sprunghafte Digitalisierung der Arbeitswelt zugeschnitten, z.B. beim Datenschutz, der IT-Sicherheit und Haftungsregeln. Um hier sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber Rechtssicherheit zu schaffen, müssten entsprechende Gesetze überarbeitet und angepasst werden.

8. Digitalisierung des Arbeitsmarktes

(Frage 17)

Die Corona-Krise hat dem Arbeitsmarkt einen vormals ungeahnten Digitalisierungsschub verschafft. So arbeiten 32 % aller Personen in Beschäftigung oder Ausbildung zumindest teilweise in Telearbeit, im Homeoffice oder mobil, davon wiederum 34 % seit Einsetzen der Corona-Krise erstmalig mobil oder von zu Hause aus (Initiative D21 2021). Erhebliche Steigerungsraten beim Homeoffice ermittelt auch das Online-Personen-Panel „Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona“ (<https://www.iab.de/de/befragungen/corona.aspx>).

Eine Zusatzbefragung des nationalen Bildungspanels (NEPS) vom Mai/Juni 2020 verweist neben dem generellen Anstieg der Bedeutung von Homeoffice auf größere Unterschiede zwischen Qualifikationsniveaus: So arbeiteten 65 % der Hochgebildeten teilweise oder ganz im Homeoffice; insgesamt war dies bei 31 % der Befragten der Fall (Kleinert et al. 2020). Zudem zeigte sich, dass Erwerbstätige in systemrelevanten Berufen mit Kundenkontakt seltener von zu Hause arbeiteten. Unterschiede zwischen Männern und Frauen zeigen sich in einer Corona-Zusatzbefragung des Linked Personnel Panels (LPP) des IAB für April/Mai 2020, wobei Beschäftigte aus privatwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten befragt wurden: Während der Pandemie wechselten häufiger Frauen als Männer erstmalig ins Homeoffice (Frodermann et al. 2020).

Die Arbeitskultur hat sich durch die Corona-Pandemie deutlich verändert. So zeigt die LPP-Corona-Zusatzbefragung, dass Hürden, die einer Nutzung von Homeoffice vor der Pandemie entgegenstanden, deutlich abgebaut wurden (Frodermann et al. 2020). Hierzu zählen auf Seiten der Arbeitgeber der Wunsch von Vorgesetzten nach Anwesenheit und auf Arbeitnehmerseite der Wunsch, Berufliches und Privates räumlich voneinander zu trennen. Zudem stehen unzureichende technische Voraussetzungen dem Homeoffice weniger im Weg als vor der Pandemie.

Diese verbesserten technischen Voraussetzungen sind ein wesentlicher Grund dafür, dass nun nicht mit einem Rückgang der Arbeiten im Homeoffice auf das Niveau vor der Pandemie zu rechnen ist. Manche Veränderungen in der Arbeitskultur werden jedoch negativ gesehen. So findet eine Studie für Beschäftigte des Microsoft-Konzerns, dass es im Homeoffice zu einer Verengung der Kommunikationskanäle kommt (Yang 2021). Dementsprechend beklagen auch laut der HBS-Erwerbspersonenbefragung Beschäftigte in Deutschland einen geringeren Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen; hinzu kommt die Gefahr eine Entgrenzung von Beruflichem und Privatem (Emmler und Kohlrausch 2021).

Literatur

Bauer, A. und E. Weber (2021): COVID-19: how much unemployment was caused by the shut-down in Germany?. *Applied Economics Letters* 28.12: 1053-1058.

Becker, K. und Lörz, M., 2020. Studieren während der Corona-Pandemie: Die finanzielle Situation von Studierenden und mögliche Auswirkungen auf das Studium. *DZHW Brief* 09/2020.

Bertschek, I. und D. Erdsiek (2020): Soloselbstständigkeit in der Corona-Krise. Digitalisierung hilft bei der Bewältigung der Krise, ZEW expert brief: 20-08. Mannheim.

Boniversum und Creditreform (2021): Entwicklung der wirtschaftlichen Lage von Verbrauchern in Deutschland – Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Konsumverhalten in Deutschland – Verbraucher-Umfrage April 2021. Neuss.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht (2021), Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn, URL: <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb-datenreport-2021.pdf>

Christl, M., S. De Poli, T. Hufkens, A. Peichl und M. Ricci (2021): The Role of Short-Time Work and Discretionary Policy Measures in Mitigating the Effects of the Covid-19 Crisis in Germany, CESifo Working Paper Series 9072, CESifo.

Creditreform (2021): Insolvenzen in Deutschland – 1. Halbjahr 2021. Neuss.

Deutsche Bundesbank (2021): Oktober-Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) in Deutschland. Pressenotiz vom 26.10.2021. Frankfurt a.M.

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2021): Wirtschaft blickt zuversichtlich auf Ausbildungsmarkt 2021 Pressemitteilung vom 26.10.2021, <https://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/wirtschaft-blickt-zuversichtlich-auf-ausbildungsmarkt-2021-60354>

Emmler, H., B. Kohlrausch (2021), Homeoffice: Potenziale und Nutzung. Aktuelle Zahlen aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, Welle 1 bis 4. WSI Policy Brief Nr. 52, 3/2021.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (2021), Zahl der Arbeitslosen sinkt kräftig, 10/28/2021, URL: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arbeitslosigkeit-sinkt-arbeitsmarkt-erholt-sich-von-corona-krise-17605071.html>

Frodermann, C., P. Grunau,, T. Haepf, J. Mackeben, K. Ruf, S. Steffes, S. Wanger (2020), Online-Befragung von Beschäftigten: Wie Corona den Arbeitsalltag verändert hat. IAB-Kurzbericht 13/2020.

Grabka, M. M., C. Braband, und K. Göbler. (2020): Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession. DIW Wochenbericht 87.45: 841-847. Berlin.

Heublein, U., Hutzsch, C., Peter, F. und Buchholz, S., 2021. Finanzielle Probleme von Studierenden in der Corona-Pandemie und die Beantragung von Überbrückungshilfe. DZHW Brief 05/2021.

Immel, L., F. Neumeier und A. Peichl (2021): The Unequal Consequences of the Covid-19 Pandemic: Evidence from a Large Representative German Population Survey," CESifo Working Paper Series 9038, CESifo.

Initiative D21 (2021), D21 Digital Index 2020/2021. Online: <https://initiated21.de/d21index/>, abgerufen am 4.11.2021.

Kleinert, C., A.-C. Bächmann, G. Zoch (2020): Schützt Bildung vor Erwerbsrisiken in der Corona-Krise? Analysen auf Basis der NEPS-Startkohorten 2, 4, 5 und 6. IIfBi Working Paper No. 89. Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe.

Leber, Ute; Schwengler, Barbara (2021), Betriebliche Ausbildung in Deutschland: Unbesetzte Ausbildungsplätze und vorzeitig gelöste Verträge erschweren Fachkräftesicherung. IAB-Kurzbericht, 03/2021, Nürnberg. URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-03.pdf>

Middendorff, E., Apolinarski, B., Becker, K., Bornkessel, P., Brandt, T., Heißenberg, S., und Poskowsky, J., 2017. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016: 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für

Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020): Erholung verliert an Fahrt –Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2020. Kiel.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2021): Krise wird allmählich überwunden – Handeln an geringerem Wachstum ausrichten. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2021. Halle.

Schmidt, T., G. Barabas, R. Döhrn, R. Jessen und P. Schacht (2020): Wirtschaftliche Erholung vor neuen Belastungen im Winter – Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen Oktober 2020. Düsseldorf: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW.

Sieglen, Georg; Roth, Duncan; Carl, Birgit (2021), Auswirkungen der Covid-19-Krise auf den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. IAB-Regional 01/2021, URL: https://doku.iab.de/regional/NRW/2021/regional_nrw_0121.pdf

Studierendenwerke Nordrhein-Westfalen, 2021. Nach drei Corona-Semestern – Soziale Notlage der Studierenden hält weiter an; Pressemitteilung vom 08.07.2021. Online verfügbar: <https://www.studierendenwerke-nrw.de/aktuelles-arge/nach-drei-corona-semester-soziale-notlage-der-studierenden-haelt-weiter-an/>

Traus, A., Höffken, K., Thomas, S., Mangold, K., und Schröer, W. (2020). Stu.di.Co. – Studieren digital in Zeiten von Corona. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim.

Yang, L., D. Holtz, S. Jaffe, S. Suri, S. Sinha, J. Weston, C. Joyce, N. Shah, K. Sherman, B. Hecht, J. Teevan (2021), The effects of remote work on collaboration among information workers. Nature Human Behavior 2021: 1-12.



Das RWI wird vom Bund und vom Land
Nordrhein-Westfalen gefördert.

